Die 14 politischen Leitlinien von BÜRGER IN WUT

BIWfür die Renaissance konservativer Werte und bürgerlicher Tugenden, gegen zügellosen Materialismus und eine hedonistische Spaßgesellschaft. Das einseitige Streben nach materiellem Wohlstand auf Basis eines exzessiven Freiheitsbegriffs führt zu kultureller Verarmung und zerstört die Existenzgrundlagen der Menschheit. Die BIW wollen eine geistig-moralische Wende und die Bewahrung von Wertvorstellungen, die für den Fortbestand Deutschlands als ein zukunftsfähiges Gemeinwesen auch im 21. Jahrhundert unverzichtbar sind.

<u>für</u> den Erhalt moderner Nationalstaaten und die friedliche Kooperation der Völker, **<u>gegen</u>** schrankenlose Globalisierung und Weltstaatsutopien. Auf der Grundlage eines rationalen Nationenbegriffes treten wir für die Bewahrung staatlicher Souveränität unter Beachtung fundamentaler Menschenrechte ein. Die internationale Zusammenarbeit als notwendige Antwort auf die Globalisierung muss von starken demokratischen Nationalstaaten getragen werden und darf nicht in den bürgerfernen Zentralismus supranationaler Organisationen oder einen Weltstaat münden.

BIW für Meinungsfreiheit und eine pluralistische Demokratie in Deutschland, gegen Political Correctness und die Ausgrenzung politisch Andersdenkender. BIW wenden sich gegen den Versuch, unbequeme Themen zu tabuisieren und Denk verbote zu errichten, um die öffentliche Debatte zu beschneiden. Radikalen Ansichten ist vorrangig im kritischen Diskurs sowie durch gesellschaftliche Aufklärung entgegenzutreten.

BIW für eine wehrhafte Demokratie und einen breiten antitotalitären Konsens in Deutschland, gegen Extremismus und Gewalt als Mittel der Politik. Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen alle Formen von Extremismus, der mit rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen und gesellschaftlich zu ächten ist. Gewalt gegen Minderheiten darf ebensowenig hingenommen werden wie Übergriffe auf Vertreter des Staates.

BIWfür eine bürgernahe Politik und die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung in Deutschland, gegen die Dominanz des Parteienstaates und abgehobene Machtpolitiker. Die BIW wollen den Einfluss der politischen Parteien zugunsten von mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen unseres Gemeinwesens zurückdrängen. Politiker müssen sich als Diener des Volkes begreifen, die ihr Handeln uneigennützig am Mehrheitswillen der Bürger und nicht an gesellschaftlichen Partikularinteressen auszurichten haben.

BIW für einen schlanken Staat und eine effiziente Verwaltung, gegen Bürokratismus und Steuergeldverschwendung. Die Überregulierung von Wirtschaft und Gesellschaft hemmt die Modernisierung Deutschlands und steigert die öffentliche Verschuldung. Wir wollen den Abbau unnötiger Gesetze und Vorschriften sowie einen leistungsfähigen Staatsapparat, der verantwortungsvoll mit den Steuergeldern der Bürger umgeht.

BIW <u>für</u> eine Faire Marktwirtschaft und einen starken Mittelstand in Deutschland, <u>gegen</u> Sozialismus <u>und</u> Turbokapitalismus. In Abgrenzung zu staatlicher Planwirtschaft und totaler Marktfreiheit stehen die BIW für einen dritten Weg in der Wirtschaftspolitik. Die Faire Marktwirtschaft fokussiert die Bedürfnisse klein- und

mittelständischer Unternehmen als Garanten einer gerechten, verbraucher freundlichen Wettbewerbsordnung, in der Monopole und Kartelle keinen Platz haben.

BIW für Sozialpartnerschaft und das Primat der Politik über die Wirtschaft, gegen Klassenkampf und die Herrschaft des Kapitals. Auf Grundlage des Leistungsprinzips treten wir für die gerechte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Wohlstand sowie ein kooperatives Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein. Wir wenden uns gegen den zunehmenden Einfluss von Konzern- und Lobbyinteressen auf die Politik, der nicht nur den sozialen Frieden bedroht, sondern auch Freiheit und Demokratie gefährdet.

BIW für mehr Eigenverantwortung und die gesellschaftliche Solidarität mit den sozial Schwachen, gegen Wohlfahrtsstaat und Kahlschlagskürzungen. Der Sozialstaat darf nicht demontiert, sondern muss neu definiert werden. Dem Subsidiaritätsprinzip folgend sind öffentliche Fürsorgeleistungen als Hilfe zur Selbsthilfe konzipiert auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren, denen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden soll.

für den Erhalt der Familie und ein kinderfreundliches Deutschland, **gegen** Bevölkerungsschwund und Singlegesellschaft. Die Familie basierend auf der Verbindung zwischen Mann und Frau sichert nicht nur die Generationenfolge durch die Weitergabe des Lebens, sondern ist auch eine unverzichtbare Institution für die Vermittlung von Werten und Orientierungen an nachfolgende Generationen. Ehe und Familie müssen deshalb im Rahmen einer aktiven Bevölkerungspolitik durch den Staat vorrangig gefördert werden.

BIW für ein leistungsgerechtes Bildungswesen und den Mut zur Erziehung, gegen Einheitsschule und Spaßpädagogik. Nicht Ergebnis-, sondern Startchancengleichheit muss das Ziel einer fairen Bildungspolitik sein, die ungleiche Entwicklungen akzeptiert und Differenzierung zulässt. Über den Bildungsweg eines Menschen dürfen ausschließlich dessen individuelle Begabung und Einsatzbereitschaft entscheiden.

BIWfür eine rationale Einwanderungspolitik und die Integration von Ausländern, gegen unkontrollierte Migration und Multikulti-Ideologie. Die erfolgreiche Eingliederung von Immigranten in die deutsche Gesellschaft erfordert neben der Begrenzung und Steuerung des Zuzugs den Willen der zu uns kommenden Menschen, unsere Verfassungs- und Werteordnung zu respektieren. An die Stelle eines konfliktträch tigen multikulturellen Nebeneinanders setzen wir die Vision eines friedlichen Miteinanders von Deutschen und Migranten.

Für Innere Sicherheit durch Prävention und die Sanktionierung von Straftaten, gegen Verbrechen und Terrorismus. Der Schutz seiner Bürger vor Kriminalität und Gewalt gehört zu den vorrangigen Pflichten des demokratischen Rechtsstaats und ist zugleich Voraussetzung für die Freiheit des Einzelnen. Innere Sicherheit erfordert neben vorbeugenden Maßnahmen wirksame Gesetze, eine handlungsfähige Polizei sowie die rasche und konsequente Bestrafung von Delinquenten durch die Justiz.

BIW <u>für</u> einen nachhaltigen Umweltschutz und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, <u>gegen</u> Naturzerstörung und den Raubbau an unserem Planeten. Die Bewahrung der Schöpfung mit ihrer vielfältigen Fauna und Flora ist ein

originäres Anliegen konservativer Politik. Notwendig ist ein sachgerechter Ausgleich von Ökonomie und Ökologie, der neben einer international abgestimmten Umwelt- und Klimapolitik einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel und die Relativierung materialistischer Lebenseinstellungen erfordert.

+++